Neues aus Niedersachsen -

Unser Newsletter aus Hannover für die Region

CDU Fraktion Niedersachsen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,
passend zu den Sommerferien stellt sich auch bei uns (zumindest kurzzeitig) richtiges Sommerwetter ein. Zeit, um das Leben nach draußen zu verlagern, Grill und Liege rauszustellen und laue Abende auf der Terrasse zu verbringen.
Auch im Landtag wird es in den kommenden Wochen ein bisschen ruhiger. Nach dem zurückliegenden Juni-Plenartagen widmen wir uns in den kommenden Wochen stärker den Terminen in unserem Wahlkreis. Ob auf der Straße, bei Aktionstagen oder Jubiläen: Wir freuen uns, Euch zu sehen und ins Gespräch zu kommen.
Was darf allerdings nie im Urlaub oder im heimischen Strandkorb fehlen? Die richtige Lektüre. Wenig Fussball, dafür umso mehr Inhalte, Positionen und Hintergründe zu aktuellen parlamentarischen Initiativen und Debatten im Landtag. Das Juni-Plenum ist dafür die Grundlage und wir freuen uns, wenn wir Sie so wieder bestmöglich informieren und mit wichtigen Beiträgen ausstatten können.
Auch nicht versäumen möchten wir einen lieben Gruß an alle Schülerinnen und Schüler, die seit wenigen Tagen ausspannen und die verdienten Ferien genießen. Habt in den kommenden 6 Wochen den Spaß Eures Lebens. Unternehmt Ausflüge, erkundet die Welt oder unsere Heimat und vergesst den manchmal ungeliebten Schulalltag.
In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Euch einen angenehmen Sommer und viele schöne Tage.

Herzliche Grüße

Frölich: Novelle der NBauO unzureichend – Wohnungsbau nachhaltig fördern

Die Lage rund um den Wohnungsbau in Niedersachsen hat sich in den vergangenen Monaten drastisch verschlechtert. Eine fehlende Nachfrage mit deutlich weniger Aufträgen sei die Ursache hierfür, meint Christian Frölich, baupolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „An den aktuellen Wohnungsbauzahlen ist deutlich zu erkennen, dass Bauherrinnen und Bauherren dringend auf politisch nachhaltige Impulse warten“, sagt Frölich.
Die Landesregierung hat in der Plenarsitzung mit den Stimmen der CDU-Fraktion die Novelle der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) beschlossen.
„Energetische und technische Anforderungen müssen runtergeschraubt werden. Sie sind der Hauptgrund für die Baukostensteigerung der vergangenen Jahre um über 40 Prozent“, so Frölich. Eine Änderung der NBauO sei deshalb dringend notwendig, um schnelleres, einfacheres und günstigeres Bauen zu ermöglichen. „Aufgrund der viel zu kurzen Beratungszeit ist das Gesetz der Landesregierung zur Änderung der NBauO allerdings mit konstruktiven Mängeln behaftet, die behoben werden müssen“, sagt Frölich.
Das Gesetz sei an einigen Stellen unzureichend: „Bei Gebäudeaufstockungen nach dem neuen § 85 a müssen dennoch alle Bedingungen der höheren Gebäudeklasse – wie beispielsweise ein zweites Treppenhaus als zusätzlicher Rettungsweg – erfüllt werden. Hier ergeben sich somit keine Erleichterungen oder Einsparungspotentiale. Der Wegfall der Stellplatzpflicht für Wohnungsneubauten wird zudem eine enorme Herausforderung für die Kommunen darstellen. Unkontrollierte Nachverdichtung und überforderte öffentliche Räume können die Folge dessen sein. All diese Punkte haben wir als CDU in einem Änderungsantrag eingebracht, der allerdings keine Zustimmung fand“, so Frölich.
„Trotz der Defizite, welches das Gesetz der Landesregierung zur Novelle der NBauO aufweist, tragen wir als CDU-Fraktion diese Änderungen mit. Wir dürfen beim Wohnungsbau keine Zeit mehr verlieren. Allerdings sollten wir schon im Herbst eine weitere Novelle der NBauO auf den Weg bringen, um diese Mängel – gerade im Hinblick auf den Wegfall der Stellplatzpflicht – zu beheben. Spätestens nach einem Jahr sollten wir in einem Dialogverfahren mit den Beteiligten das Gesetz prüfen und bei Bedarf nachschärfen, um den Wohnungsbau angemessen zu fördern“, sagt Frölich weiter.

CDU Fraktion Niedersachsen

Packt unser Wirtschaftsminister wirklich die großen Themen im Land an?

Eine Sommerpause ist auch immer die Zeit für ein Fazit. In Berlin häufig in Form eines Sommerinterviews. Von mir heute in Form dieses Newsletters.
Wirtschafts- und Verkehrsminister Olaf Lies hat in den vergangenen Wochen und Monaten unterschiedliche Initiativen vorgestellt. Viele Projekte werden zwar mit warmen Worten angekündigt, aber die Ergebnisse sind rar gesät. Wo bleiben die Konzepte für die Automobil- und Zuliefererindustrie in unserem Land? Wo bleiben die Schlagzeilen zur Ansiedlung eines namhaften Konzerns? Wo bleiben die wirklichen Fortschritte und die festen Zusagen im Bereich des SPNV und des ÖPNVs. Zahlreich kündigt Olaf Lies Projekte mit bunten Berichten und klangvollen Headlines an. Wahre Ergebnisse kommen später? Wir werden gemeinsam warten müssen.
Dabei ist die aktuelle Zeit weiterhin geprägt von Meldungen, bei denen ein entschlossenes Handeln von Bund, Land und Kommunen gefordert ist. Das beste Beispiel ist die Meyer Werft in Papenburg. Die Lage in Papenburg ist ernst und deshalb ist für uns auch uneingeschränkt klar, dass Ministerpräsident Weil endlich die Zügel in die Hand nehmen muss, denn die nächsten schweren Schritte sind klar. Der Bund muss mit ins Boot und auch der EU-Beihilfegenehmigungsprozess muss bewältigt werden. Gerade in diesen Fragen zeigt sich Führungsstärke, die ich von einem Landesvater Niedersachsens erwarte.
Ich hoffe, dass Wirtschaftsminister Olaf Lies und Ministerpräsident Stephan Weil während der Sommerpause nicht nur im heimischen Garten anpacken, sondern auch bei den dringenden Fragen der niedersächsischen Wirtschaft. Es geht um mehr als Arbeitsplätze. Es geht um Vertrauen, das weiter und weiter in Niedersachsen und Deutschland verloren geht.

Volker Meyer: Land soll Pflegeeinrichtungen fördern und pflegende Angehörige besser unterstützen

Die Situation pflegebedürftiger Menschen in Deutschland verschlechtert sich zunehmend. Zu wenig und überlastetes Personal, eine steigende Zahl der Pflegebedürftigen durch den demografischen Wandel und die finanzielle Belastung der Angehörigen seien enorme Herausforderungen, sagt Volker Meyer, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.
„Jeder Mensch hat bei Krankheit oder im Alter das Recht auf eine angemessene Versorgung und wir haben die moralische Verpflichtung, diese zu gewährleisten. Daher fordern wir das Land auf, für Pflegeeinrichtungen eine Investitionsförderung einzuführen“, so Meyer.
„Die Absicherung des Pflegerisikos ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der investiven Förderung stationärer Dauerpflegeplätze und ambulanter Wohngemeinschaften ein. Außerdem soll die Höhe der Förderung von Plätzen in teilstationären Pflegeeinrichtungen sowie Kurzzeitpflegeeinrichtungen angepasst werden“, fordert Meyer.

Auch der Anteil pflegender Angehöriger sei nicht zu vernachlässigen. Über 75 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland werden von Angehörigen gepflegt. „Der Einsatz von Angehörigen, die sich um ihre pflegebedürftigen Familienmitglieder kümmern, verdient größten Respekt und ist mit nichts auf der Welt zu entschädigen“, sagt Meyer und verweist dabei auf bürokratische Hürden. „Regeln für Zuschüsse und Entlastungsangebote sind äußerst undurchsichtig gestaltet. Wir fordern die Landesregierung auf, die Richtlinie nach § 45 d SGB XI zu vereinfachen, um die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Unterstützungsangeboten im Alltag und Modellvorhaben zu vereinfachen“, so Meyer weiter.

Vor dem Hintergrund neuer technischer Möglichkeiten soll auch die Nutzung der Potentiale der Digitalisierung bedacht werden: „Durch eine Förderung der Digitalisierung in der Pflege kann Patientinnen und Patienten mithilfe von Technologien wie Smart-Home-Systemen oder Sensorik ein länger selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause ermöglicht werden“, sagt Meyer.

CDU Fraktion Niedersachsen

Bessere Förderung für Kinder mit Förderbedarf notwendig – Bildungsrechte müssen mit Leben gefüllt werden

Der Landtagsabgeordnete Christian Fühner betonte in der Landtagsdebatte des Juni-Plenunms die Bedeutung der Bildung und Teilhabe von Kindern mit Förderbedarfen: „Jedes Kind hat das Recht auf Bildung und Förderung. Dieses Recht dürfen wir nicht nur auf dem Papier anerkennen, sondern müssen es mit Leben füllen."
Er hob die wichtige Rolle der Tagesbildungsstätten hervor und dankte den Mitarbeitern für ihre großartige Arbeit. Fühner sieht in den notwendigen Veränderungen auch Chancen zur qualitativen Verbesserung der Strukturen und Rahmenbedingungen.
„Wir fordern eine Finanzierung der dreijährigen Übergangsphase im Schulgesetz, klare Zeitpläne und vernünftige Finanzierungs- und Beschäftigungsgarantien von der Landesregierung. Zudem ist es zwingend notwendig, das Personal umfassend zu qualifizieren und ihm die verdiente Anerkennung zukommen zu lassen", so der Bildungsexperte.
„Die Tagesbildungsstätten bieten nicht nur Bildung, sondern auch einen sicheren Ort, an dem Kinder sich wohlfühlen und entwickeln können. Es darf keine Verschlechterungen geben," schloss Fühner.

Binnenfischerei stärken, Artenvielfalt schützen und Kulturgut Angeln bewahren

„Die Binnenfischerei in Niedersachsen ist stark gefährdet. Prädatoren wie Kormoran und Fischotter, aber auch Wasserkraftwerke und andere Bauwerke in den Gewässern sorgen dafür, dass immer weniger Fische ins Netz gehen", sagt Katharina Jensen, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. „Deshalb setzen wir uns für die Stärkung der Binnenfischerei ein, um das Kulturgut des Angelns zu bewahren und wichtige Lebensräume zu schützen", so Jensen weiter.
Als traditionsreicher Wirtschaftszweig trägt die Binnenfischerei seit mehr als 140.000 Jahren zur Ernährung der Menschen bei. Trotz der ökologischen und touristischen Leistungen der Binnenfischerei stehe die Branche vor wirtschaftlichen Herausforderungen, bedingt durch Kostensteigerungen und sinkende Fischbestände aufgrund von Prädatoren und Bauwerken in den Gewässern. „Wir setzen uns daher für die Anerkennung von Ökodienstleistungen extensiv wirtschaftender Teichwirtschaften ein. Zudem fordern wir Maßnahmen zur Reduzierung von Fischverlusten an Wasserkraftwerken. Im Gegensatz zur rot-grünen Landesregierung möchten wir hierbei alle Wasserkraftanlagen überprüfen und nicht nur Kleinstwasserkraftanlagen, also Anlagen kleiner als ein Megawatt", sagt Jensen.
Ein weiterer Aspekt zur Stärkung der Binnenfischerei sei die Förderung des Anglernachwuchses: „Durch die frühzeitige Einbindung von jungen Menschen in das Hobby des Angelns kann es uns gelingen, das Interesse an der Binnenfischerei zu stärken. Wir wollen prüfen, ob und unter welchen Bedingungen jungen Menschen abweichend von der bisherigen Regelung nach erfolgreichem Ablegen der Fischerprüfung bereits vor Vollendung des vierzehnten Lebensjahres ein Fischereischein ausgestellt werden kann", so Jensen. „Es ist dringend notwendig, die Binnenfischerei in Niedersachsen zu schützen und zu fördern, um die Vielfalt der Fischbestände und die ökologische Balance der Gewässer langfristig zu erhalten", sagt Jensen.

Unser Monat in Bildern

Spatenstich Zentralklinikum

Besuch der Dt. Angestellenakademie im Landtag

75 Jahre Grundgesetz

Spahn zu Gast bei VILSA

Nominierung zur Landratswahl

Delegationsreise Wirtschaftsausschuss nach Spanien

Wahlkampf zur Europawahl

Einweihung Tafel Syke